

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 690

Mittwoch, 16. Oktober 2019

26. Jahrgang

Was der Ausnahmezustand in El Estor für die dort Lebenden bedeutet.....	1
Semuy II.....	2
Der 148 Jahre alte Konflikt in Sololá, den der Ausnahmezustand weiter eskalieren wird.....	4
Trotz Verbots des Verfassungsgerichts: Anti-CICIG-Ausschuss des Kongresses arbeitet weiter.....	5
Liliana Hernández: Mein Beitrag ist ein Maiskorn, Teil 1: Wie ich aufwuchs.....	5

Was der Ausnahmezustand in El Estor für die dort Lebenden bedeutet

Diese Ausgabe befasst sich ausschliesslich mit dem Ausnahmezustand in Guatemala und seinen Folgen für die sozialen Bewegungen, die für Land und eine intakte Natur kämpfen. Ein zusätzlicher Auslöser für diese Entscheidung der Redaktion war eine E-Mail unserer treuen AbonnentInnen Brigitte und Georg Schubert aus Witten. Diese haben enge Kontakte nach El Estor und damit in den Landkreis, in dem aktuell der Ausnahmezustand herrscht, der soeben um 30 weitere Tage verlängert worden ist. Die beiden schreiben:

Ihr habt im ¡Fijáte! Nr. 631 (2017) über unsere Reiseerfahrungen zum Lago Izabal berichtet. In der aktuellen Ausgabe schreibt ihr u.a. darüber, wie sich die Situation um El Estor zurzeit weiter zuspitzt. Da uns immer wieder erschütternde Mails unserer guatemaltekischen Freunde erreichen (es ist ja nicht nur die Mine, sondern auch der Klimawandel dort ein riesiges Problem, Ernteauffälle, extreme Wettersituationen usw.), fänden wir es toll, ihr könntet unseren Appell und die Mail von Leonel aus El Estor auch in einer der nächsten Ausgaben veröffentlichen! Herzliche Grüsse aus Witten, Brigitte und Georg

Weiter heisst es in einem offenen Brief an einige Medien und Guatemala- und Lateinamerika-Solidaritätsgruppen: Seit mehr als vier Wochen herrscht der Ausnahmezustand in 22 Landkreisen Guatemalas, ohne dass die Öffentlichkeit in Europa gross davon Notiz nimmt. Unter anderem ist auch der Ort El Estor am Lago Izabal betroffen. Seit vier Jahren unterstützen wir dort Menschen, die sich gegen die Betreibung der dortigen Nickelmine zur Wehr setzen. Ein recht aussichtsloser und für manche Beteiligte sogar tödlicher Kampf. Zurzeit patrouilliert in dieser riesigen Region das Militär. Die Menschenrechte und damit auch das Versammlungs- und Demonstrationsrecht sind ausser Kraft gesetzt. Jeder kann ohne Angaben von Gründen verhaftet werden. Grund dafür soll die Ermordung dreier Soldaten im indigenen Dorf Semuy II im Landkreis El Estor sein. Der wirkliche Tathergang ist bis heute nicht geklärt und der Regierung dienen diese Morde zum Vorwand, den Ausnahmezustand über die Region zu verhängen, in der ganz "zufällig" **das Megaprojekt CGN – Compania Guatemalteca de Niquel** – liegt.

Jahrelang dauern die Konflikte bereits zwischen der indigenen Bevölkerung und den Minenbetreibern, mittlerweile ein Schweizerisch-Russisches Unternehmen. Ganz aktuell ist die Sorge und Angst der Bevölkerung gross! Viele Menschen fühlen sich an die Schrecken des Bürgerkrieges, der erst 1996 beendet wurde, erinnert. Gerade in dieser Region starben Tausende Indigene während der ethnischen Säuberungen. Und mit dem Ende des Bürgerkrieges kamen die ausländischen Investoren, raubten den Menschen ihr Land und fingen an, nach Nickel zu graben. Die Jahrhunderte alte Kulturlandschaft ist mittlerweile zerstört, die Regenwälder sind abgeholzt und im See sterben die Fische....

Von unserem Freund Leonel, Angehöriger der Volksgruppe der Mayas, erreichte uns oben angehängte E-Mail. Er lebt mit seiner Familie in El Estor und wir teilen mit ihm die Sorgen, die er sich zurzeit macht. Vor zwei Jahren konnten wir uns selbst ein Bild von den Ausmassen der Zerstörung durch die Mine und vor allem auch von den Auswirkungen auf das Alltagsleben der Bevölkerung und der schon damals massiven Militärpräsenz in der Region machen. Die Bewohner El Estors leben dicht gedrängt in einfachen Bambushütten, in denen Plastikstühle und Tische oft die einzigen Einrichtungsgegenstände sind. Land für eigenen Feldanbau gibt es meistens nicht. Gekocht wird auf offenem Feuer, da für die meisten eine Gasflasche unerschwinglich ist. Der Eindruck der bitteren Armut hat uns bis heute nicht mehr losgelassen.

Leonel schreibt in der E-Mail (übersetzt von der Redaktion):

“Hallo, wie geht es Euch? Ich hoffe gut.

Ich schreibe Euch und denke an Eure Sorge um uns wegen der Verhängung des Ausnahmezustandes in El Estor und dem Departement Izabal für zunächst 30 Tage. Dies bedeutet für uns, dass es eine Begrenzung der Zeit gibt, in der man arbeiten und auf die Strasse gehen kann. Viele Militärgehörige laufen durch die Strassen, die vermutlich das Ziel haben, die Verantwortlichen für den Mord an drei Soldaten am 3. September zu finden. Ich weiss nicht, ob Ihr das mitbekommen habt. Dieser Mord geschah in der Gemeinde El Estor auf der anderen Seite des Sees. Öffentlichen Informationen zufolge, waren insgesamt neun Militärs auf einer Schmugglerroute des Drogenhandels und kamen in die Gemeinde Semuy II, wo 110 Familien leben. Laut den Militärs, die sich retten konnten, sollen es BewohnerInnen dieses Ortes gewesen sein, die die drei Soldaten töteten – aber es gibt ansonsten keinerlei genauere Informationen darüber.

Meiner Ansicht nach ist immer die Regierung verantwortlich, zum einen, weil sie nur neun Personen sandten und zum anderen, weil sie ihre Ankunft den BewohnerInnen nicht angekündigt haben. Diese wissen, dass ein Friedensabkommen unterzeichnet worden ist, das u.a. besagte, dass dort keine Militärpräsenz stattfinden solle – insofern liegt hier also eine Missachtung des Friedensabkommens vor, das vor 20 Jahren zwischen Guerilla und Militär unterzeichnet worden ist. Es gibt hier viele Gruppen, die sagen, dass dieselbe Regierung diese Tragödie geplant hat mit dem Ziel, dass diese Bergbaufirma hier weiterarbeiten kann – und dass es Abstimmungen zwischen Regierung und Unternehmen darüber gibt. Nun müssen wir beobachten, dass während des Ausnahmezustands das Bergbauunternehmen mehr Gondeln zum Abtransport der Mineralien herschickt, weil es während des Ausnahmezustandes eben keine Demonstrationen und Versammlungen geben darf – und wenn doch, dann werden die Aktiven ins Gefängnis gesteckt und ihrer Freiheit beraubt. Das ist alles sehr traurig. Wir rufen nach Frieden und Ruhe für unsere Geschwister.

Herzliche Grüsse und seid umarmt. Euer Freund Leonel. (*Übersetzung: Brigitta und Georg Schubert. d.Red.*)

Soweit der Text von Leonel. Und weiter im Text von Brigitta und Georg:

Wir hier im "sicheren" Europa sollten uns Gedanken machen, wie wir diesen Menschen unsere Solidarität zeigen können. Schliesslich profitiert unser Wirtschaftssystem täglich von den in den Minen abgetragenen Rohstoffen! Allein schon das "Öffentlich Machen" der Geschehnisse kann Wirkung erzeugen, aber vielleicht habt ihr ja auch noch andere Ideen, was wir tun können!

Semuy II

Zur Vertiefung folgen Ausschnitte aus einer langen Reportage von Jody Garcia aus der Nomada vom 7. Oktober.

Eine Gemeinde, irgendwo verloren zwischen Plantagen der afrikanischen Naturaceites-Palme, umzingelt von Militärs. Nach den mysteriösen Morden an drei Soldaten vor einem Monat sagte die Regierung von Jimmy Morales, dass es ein Zusammenstoss mit DrogenhändlerInnen gewesen sei, verhängte einen Ausnahmezustand über 22 Landkreise im Land, liess ein Dorf unter militärischer Kontrolle und neutralisierte die Gemeindeorganisationen in den Regionen, in denen es Konflikte um Megaprojekte gibt. Nómada reiste nach Izabal und erfuhr, dass der Ausnahmezustand in Wirklichkeit nicht viel mit einem «Kampf gegen die Drogenmafia» zu tun hat.

Im Plenum des Kongresses diskutierten die Abgeordneten über den Antrag der Regierung, den Ausnahmezustand in den 22 Landkreisen in den Departements Izabal, Baja Verapaz Zacapa, El Progreso, Alta Verapaz und Petén um weitere 30 Tage zu verlängern. Anders als beim ersten Mal, als der Antrag angenommen wurde, wurde nun der Name der Gemeinde Semuy II, dort, wo die Soldaten ermordet worden waren, nicht ein einziges Mal erwähnt. Die Argumente rankten sich dieses Mal nicht um die Suche nach der Verantwortlichen für den dreifachen Mord. Nein, der Verteidigungsminister und die Regierung versicherten, dass der Ausnahmezustand es ermöglicht hätte, einige grosse Angriffe auf die Drogenmafia durchzuführen: So wurden nach Regierungsangaben 1,4 Millionen entdeckte Koka-Pflanzen zerstört, 223.000 Marihuana-Pflanzen entwurzelt, 4 Drogenlabore entdeckt, zwölf geheime Landeplätze zerstört, zwei Kilo und 2 Unzen Kokain gefunden. Verteidigungsminister Luis Ralda präsentierte einige Zahlen in einem Treffen der Fraktionsspitzen unter Leitung des Parlamentspräsidenten, Alvaro Arzú Escobar. Die Abgeordneten beglückwünschten die Regierung und forderten sie auf, im Kampf gegen die Drogenmafia in der Region fortzufahren. Niemand hat gefragt, wem diese 1,4 Millionen Koka-Pflanzen und 223.000 Marihuana-Stauden oder die geheimen Drogenlabore gehörten.

Die Geschichte des Ausnahmezustandes begann nicht in Semuy II

Schon sehr lange vor dem Ausnahmezustand und ausserhalb des Blickes in der Hauptstadt und dem Rest des Landes, gibt es in der Region von Alta Verapaz über Izabal bis zur Karibikküste eine lange Geschichte von Spannungen.

Vor zweieinhalb Jahren, am 31. Mai 2017, sah man im Fernsehen das nervöse und konsternierte Gesicht von Ronny Méndez, dem Bürgermeister von El Estor. Hinter ihm sah man kaputte und verbrannte Möbel. Tage zuvor hatte eine Gruppe von Leuten ihn angegriffen und sein Haus angezündet. In dem Interview mit dem Fernsehsender *Albavisión* sagte er, dass dies die Folgen des Zornes der Bevölkerung über die Vergiftung des Izabal-Sees gewesen sei. Der Konflikt kochte.

Am 27. Mai jenes Jahrs starb ein Fischer an den Folgen eines Schusses während einer Demonstration, bei der die FischerInnen eine Untersuchung über die Vergiftung des Sees forderten, die ihrer Meinung nach von dem Guatemalteki-schen Nickelunternehmen (CGN) hervorgerufen wurde. Die Verbindung zwischen den Regierungen von Otto Pérez Molina und Jimmy Morales mit dem Bergbauunternehmen CGN war so eng, dass Pérez Molina ihm die Zahlung von freiwilligen Geschenken gekürzt hatte. Seit dem Amtsantritt von Jimmy Morales hat keine Instanz die Entscheidung revidiert, dass sie das Land ausbeuteten und die Waren in die Ukraine exportierten.

Zusätzlich hat die amtierende Regierung das Urteil des Verfassungsgerichts missachtet, das ein Urteil des Obersten

Gerichtshofs bestätigte, nach der die Operationen der CGN eingestellt werden müssen, weil das Unternehmen nicht mit

Einverständnis der Gemeinden gehandelt hat. Der Stopp der Operationen wurde nicht umgesetzt. Der Konflikt heizte sich nach dem Tod des Demonstranten und dem Nicht-Handeln der Behörden weiter auf – so blockierte eine Gruppe von Leuten für zwölf Tage den Zugang zu der Nickelmine und die Innung der FischerInnen nahmen vier Mitarbeiter der Mine in Gewahrsam, um ein Druckmittel zu haben, damit ihre Forderungen erfüllt werden.

„Wir halten einen Ausnahmezustand für notwendig, damit der Landkreis wieder die Kontrolle erhält“.

„Ein Ausnahmezustand schränkt viele Rechte ein; in einem vorherigen Schritt schlagen wir ein Vorbeugungszustand vor“, sagte Ronny Méndez in dem erwähnten Interview mit *Albavisión* im Jahre 2017. Die Untersuchung über die Vergiftung des grössten Sees Guatemalas hat nichts gebracht – weder von der Staatsanwaltschaft (MP) unter Thelma Aldana oder unter ihrer Nachfolgerin Consuelo Porras, noch vom Umweltministerium, das sich gleichgültig gegenüber den Umweltverbrechen an der Costa Sur und im Petén verhält.

Die Innung der FischerInnen hat – mit Hilfe internationaler Medien wie *Forbidden Stories*, *El País* und *Le Monde* – Wasserproben zur Analyse nach Deutschland geschickt, um die Quellen der Vergiftung zu finden. In einer Reportage der Zeitschrift *Forbidden Stories* sagte ein Biologe, dass die Analysedaten eindeutig belegten, dass hier „Giftstoffe gefunden wurden, die typischerweise im Bergbau verwendet werden“. Trotz dieser Ergebnisse wurden sieben Fischer vor Gericht gestellt und zu Gefängnisstrafen in Puerto Barrios verurteilt; aktuell sind sie unter Auflagen frei und dürfen das Departement nicht verlassen.

Seither hat sich die Situation für die Gemeinden und die Umwelt weiter verschlechtert. Ende Juli 2019 starb eine weitere Person, die von einem der 150 Lastwagen überfahren wurde, die täglich in dem Gebiet umherfahren und die – laut Gemeindemitgliedern – das Nickel der CGN nach Puerto Barrios brachte. Dieses Ereignis brachte dieselbe Gruppe dazu, zwölf Lastwagen eines Dienstleisters von CGN anzuzünden. Die MP ermittelte wegen des Todes der Person und wegen der abgebrannten Laster. In keiner der beiden Ermittlungen gibt es bis heute Fortschritte. Am Tag nach den Auseinandersetzungen um den Tod des Bürgers, forderte Bürgermeister Méndez aus El Estor vom Gouverneur die Verhängung des Ausnahmezustandes, um die Kontrolle zurückzuerhalten. Es dauerte zwei Monate, bis dies umgesetzt wurde, nicht vom Gouverneur, sondern von Präsident Jimmy Morales.

El Estor im Widerstand

El Estor ist eine Region, in der die Erde rot ist und in der es viele Mineralien gibt. Zudem ist sie sehr fruchtbar, da es an neun bis zwölf Monaten im Jahr regnet. Und es ist eine Region, in der ständig Demonstrationen stattfinden. Die Bevölkerung misstraut dem Bürgermeister und staatlichen Institutionen und verleiht ihren sozialen Forderungen durch Blockaden der Zugangsstrassen für die Bergbaufirmen der Region Ausdruck. Zu den Aktionen gehören Petitionen, Widerstand gegen Vertreibungen, Anzeigen von vergifteten Umweltressourcen, der Aufruf, die Konflikte zu lösen, die auf einem Mangel an Rechtssicherheit über den Landbesitz beruht. Die Beziehung zwischen dem Landkreis und den Gemeinden ist konfrontativ. Die Beziehung zwischen dem Landkreis und der CGN ist dagegen eng. Mario Porta Navas, der juristische Berater des Rathauses war, arbeitete auch einige Jahre als Rechtsanwalt für die CGN in dem Verfahren um den Tod der drei Studierenden der Universität Valle de Guatemala in den Gewässern der Mine. Auch der Bürgermeister hat sich eindeutig auf Seiten der CGN positioniert, als das Verfassungsgericht zu der Fortsetzung der Minenaktivitäten ermittelte. Bürgermeister Méndez versuchte bei den letzten Wahlen, als Mitglied der Partei UCN wiedergewählt zu werden – also für jene Partei, dessen Präsidentschaftskandidat Mario Estrada inzwischen unter dem Vorwurf, Häfen für das Sinaloa-Kartell zu öffnen und die Präsidentschaftskandidatin Thelma Aldana ermorden zu lassen, im Gefängnis in New York sitzt. Méndez, der der CGN so nah, und den Gemeinden so fern war, kam bei den Landkreiswahlen nur auf Platz sechs, gewählt wurde Joel Lorenzo Flores von der UNE.

Laut Recherchen der *Prensa Comunitaria* hat auch Gouverneur Erick Bosbellí Martínez für die Mine gearbeitet. Er war für diese Vertragspartner als Subunternehmer der Firma *Transgondolas del Puerto*. In Dokumenten, die an das Verfassungsgericht und den Obersten Gerichtshof geschickt wurde, taucht sein Name als Berater von CGN auf.

Die Gemeinden und der Streit um den Besitz von Naturaceites

Die Gemeinden im Süden von El Estor werden von einer 32 Quadratkilometer grossen Plantage von Palmen des Unternehmens *Naturaceites* umgeben. Eine von ihnen ist das Dorf Semuy II. Eingebettet in die Plantage liegen 37 Dörfer. Der Zugang zu ihnen wird von *Naturaceites* kontrolliert. Das Unternehmen hat einen Checkpoint, an dem Händler, die ihre Produkte an die Gemeinden verkaufen wollen, 50 Quetzales (5,70 €) abgeknöpft werden.

Einer der grössten Aktienbesitzer von *Naturaceites* ist Juan Maegli, der auch einer der Vorstandsvorsitzenden von *Cementos Progreso* ist. Er gehörte zu den Geldgebern der Lobbykampagne gegen die CICIG in Washington 2017, die in enger Allianz mit der Regierung von Jimmy Morales, aber auch dem Ex-Präsidentschaftskandidaten Manuel Baldizon und Abgeordneten der Partei der Drogenmafia UCN, durchgeführt wurde.

Nómada hat Dokumente gefunden, die zeigen, dass Maegli Tausende Dollar in den USA ausgegeben hat, um gemeinsam mit der Regierung die Arbeit der CICIG zu torpedieren. Sein Hauptinteresse galt allerdings nicht der CICIG, sondern dem südlichen Teil des Landkreises El Estor, dem Sitz von *Naturaceites*. Als der Lobbyist Fernando Sáenz 2017 in einem Interview gefragt wurde, warum jemand wie Maegli sich einem Kreuzzug gegen die CICIG verschreibe, sagte dieser: „Er ist der starke Mann bei *Cementos Progreso*, aber seine Hauptsorge gilt dem, was in Polochic mit der Palmöl-Plantage von *Naturaceites* passiert. Er leidet unter Landbesetzungen, dem völligen Fehlen eines Rechtsstaates, ganze sechs PolizistInnen arbeiten im Gebiet zwischen Mariscos (*im Süden des Izabal-Sees, d.Red.*) und El Estor (*im Nordwesten des 48 Kilometer langen und 20 Kilometer breiten Izabal-Sees, d.Red.*). Wenn eine Invasion auf

einem Teil der Palmplantage stattfindet, kann man keine Polizei rufen und die BesetzerInnen verhaften. Es ist ein konfliktreicher Ort, nicht nur wegen der Besetzungen, sondern auch, weil es ein Drogenumschlagplatz ist, den keiner kontrolliert“. **Zwei Jahre später nutzt Jimmy Morales genau dieses Narrativ von Sáenz und Naturaceites.**

Der Tag, an dem die Regierung den unabhängigen Radiosender zum Schweigen brachte

Vier Patrouillen der Zivilen Polizei (PNC), zwei Fahrzeuge der MP und ein Dutzend Personal der beiden Institutionen umringten ein kleines Haus, zwei Blöcke vom Izabal-See entfernt im Zentrum von El Estor gelegen. Hier sitzt die Defensoría Q'eqchi' und der Radiosender Xyaab' Tzuultaq'a (Die Stimme des Schweines, auf Q'eqchi'). Während der fünf Tage dauernden Reise in der Gegend, in der die Regierung den Ausnahmezustand verhängt hat, war diese Operation die stärkste, die Nomáda wahrgenommen hat. Die Staatsanwaltschaft der Hauptstadt ging von grosser Ausrüstung zur Übertragung von Radiosignalen aus, fand jedoch nur eine kleine Kabine mit Eierkartons zur Schallisolierung. Der Radiokanal 99.5 FM hörte seit Verhängung des Ausnahmezustandes auf zu senden.

In dieser Zone voller sozialer Konflikte mit Ausbeutung natürlicher Ressourcen, hinterfragten die RadiomacherInnen in ihrer (vorerst) letzten Sendung die offiziellen Versionen über das, was in Semuy II im Umfeld der drei Morde passierte. Sie kritisierten auch, dass die CGN dort weiterhin operiert, obwohl das Verfassungsgericht den Stopp dieser Aktivitäten verlangt. Sie unterstützten auch die Innung der FischerInnen bei ihren Anzeigen gegen die Minenbetreiber.

Für die RadiomacherInnen war die Razzia eine Rache für ihre Berichterstattung. Für den Staatsanwalt, der ungenannt werden will, handelt es sich dabei um eine Ermittlung wegen Nutzung einer Frequenz ohne Autorisierung durch die Telekommunikationsbehörde. Zu den beschlagnahmten Dokumenten gehörten die Identifikationsmarken der JournalistInnen und der ModeratorInnen. „Wenn sie tatsächlich für ein illegales Radio arbeiteten, dann begehen sie eine Straftat“, sagte der Mann, bevor er in das Auto der MP stieg.

Beim Radiosender blieben zerwühlte Papiere zurück und zwei zutiefst besorgte Mitglieder der Defensoría Q'eqchi'. Bei einer Kanufahrt über den Izabal-See fragte Eduardo Bin, Vizepräsident der Innung der FischerInnen in El Estor die JournalistInnen nach der Razzia. Die Arbeit von Xyaab' Tzuultaq' spielte beim Widerstand eine Schlüsselrolle, sagte Bin. Jeden Tag hörte er Radio, um sich über die Anzeigen und die Organisation anderer Landkreise und Departements des Landes zu informieren. Das Radio war eine Informationsquelle, die Vertrauen schafft, da es mit Widerstand gegen den Bergbau und die Umweltvergiftung übereinstimmte. Nun ist die einzige vertrauenswürdige Informationsquelle die Mund-zu-Mund-Kommunikation.

Der 148 Jahre alte Konflikt in Sololá, den der Ausnahmezustand weiter eskalieren wird

Solola, 2. Okt.- Zwei Gemeinden befinden sich in einem historischen Konflikt, der Jahr um Jahr Dutzende Tote Verletzte und Verschwundene fordert. Die beiden Seiten sagen, dass sie willens sind, die Differenzen durch Dialog zu lösen, aber sie tun es nicht. Das wird auch nicht die Idee von Jimmy Morales, auf Gewalt mit noch mehr Gewalt zu reagieren.

Nahualá und Santa Catarina Ixtahuacán, beide im Landkreis Sololá gelegen, sind Orte ständiger, z.T. bewaffneter Konfrontationen, ob mit Schusswaffen oder Macheten oder Stöcken. Er begann 1871 und hält bis heute an, weil niemals eine Lösung für die eigentlichen Konfliktursachen gefunden wurde. Dies sind die Hintergründe.

1. Das heutige Geschehen

Die Auseinandersetzung zwischen den BewohnerInnen von Santa Catarina Ixtahuacán und Nahualá wurden am 17. September zu einer Nachricht, denn bei diesen starben nach Angaben der Polizei und der Feuerwehr mindestens vier Menschen, 32 wurden verletzt und sechs verschwanden. Am 16. September starb ein Mann in einer bewaffneten Auseinandersetzung. Sechs Monate zuvor, am 4. März, tötete jemand einen Mann und liess einen anderen verschwinden. Am 1. April starb ein weiterer bei einem bewaffneten Angriff und in der Nacht zum 20. Juni hinterliess ein anderer Kampf nahe den Pflanzungen einen Verletzten zurück. Bereits 2018 gab es bei den Kämpfen sechs Tote in der Grenzregion zwischen den Gemeinden und 2017 verloren laut Feuerwehr mindestens sieben Personen ihr Leben. Genaue Registrierungen der Opfer der Gewalt gibt es freilich nicht.

2. Die Ursache des Konfliktes

Bis 1871 war Santa Catarina Ixtahuacán ein alleiniger Distrikt in Sololá, einem Departement mit einer Mehrheitsbevölkerung der K'iché aus dem Südosten Guatemalas. Aber eine Gruppe, die von Manuel Choc angeführt wurde, der heute als Held angesehen wird, forderte die Trennung der Dörfer des Westens von Sololá. So entstand Nahualá. Das Problem liegt nun darin, dass die Grenzen der Territorien in der Zeit, als die beiden Landeskreise sich trennten, nicht eindeutig festgelegt worden waren und daher Streit über die Gemeindeländereien entstand. Aktuell versichern die BewohnerInnen beider Landkreise, dass sie Recht auf das Land, um das gestritten wird, haben, sagt Miguel Colop, Mitarbeiter des Menschenrechtsbüros PDH, der zu diesem Fall arbeitet. Dieses fruchtbare Land, das genau zwischen den Landkreisen liegt, hat eine Ausdehnung von 7,2 Quadratkilometer. Das entspricht der halben Grösse des Amatitlán-Sees. Um dieses Stück Land kämpfen beide Landkreise seit 1871.

3. Erfolgreiche Dialoge

Dreimal haben führende VertreterInnen der beiden Gemeinden Dokumente unterzeichnet, in denen sie sich zu "friedli-

chem Zusammenleben“ verpflichteten und sagten, dass sie den Dialog suchen wollen. Es gab allerdings niemals Belege dafür, dass wirklich etwas in diese Richtung passiert ist.

Der letzte dieser Versuche fand im Mai 2019 statt, als ein Übereinkommen unterzeichnet wurde, um “die Differenzen, Kontroversen und Konflikte zu lösen”, so der Bürgermeister von Nahualá, Manuel Tzep. Er versicherte, dass seine Gemeinde dringlich einen Dialog befürworte. Im Juli 2019 besuchte Sergio Flores, Kommissar für Dialoge im Präsidentschaftsamt, die Region, um friedliche Annäherungen zwischen den Gemeinden zu erwirken. So wurde die Einrichtung einiger Runden Tische verkündet und die Führungen der Gemeinden akzeptierten die Einladung, sich mit den anderen zusammen zu setzen. Aber der Frieden währte nicht lange. Zwei Monate später gab es eine erneute Auseinandersetzung. Tzep sagte, dass es vor dem Dialog dringlich gewesen sei, einen Ausnahmezustand zu verhängen, weil die Gemeinde von Ixtahuacán schwer bewaffnet sei und sechs Personen aus Nahualá in dem anderen Landkreis verschwunden seien. Nómada sprach wiederholt mit Pascual Tambriz, Bürgermeister von Ixtahuacán, der jedoch Stellungnahmen bezüglich des Ausnahmezustandes und über die Anschuldigung, dass bewaffnete Personen innerhalb seines Machtbereichs operierten, ablehnte.

4. Der Ausnahmezustand

Am 30. September verhängte Jimmy Morales den Ausnahmezustand über Sololá, um das Tragen von Waffen zu unterbinden und das Recht auf Demonstrationen zu beschneiden. Die Verwaltung von Morales möchte die streitenden Landkreise militarisieren, um das Problem zu lösen, aber sie hat nicht vor, an der Wurzel des Problems anzusetzen.

Amilcar Pop, Abgeordneter der Fraktion von Winaq, sagte, dass der Ausnahmezustand drei Probleme bringen werde:

1. Die Militarisierung wird die Spannungen in der Region erhöhen.
2. Die traditionellen Konfliktlösungsstrategien werden ignoriert.
3. Ohne technische Vorschläge zur Rückgabe von Land werden die Konflikte angeheizt.

Pop erklärte, dass die Autoritäten offenbar “das Problem nicht verstanden haben”, weil ein Ausnahmezustand keine gute Grundlage für die Förderung von Dialogprozessen sei.

Marcelo Sabuc, der nationale Koordinator des BäuerInnen-Komitees des Hochlandes (CCDA), der die Situation beobachtet, ist der Ansicht, dass der Ausnahmezustand eine wenig effektive Massnahme ist, weil dadurch der geschichtliche Landkonflikt nur zeitlich verlängert werde.

Felipe García Tiu, ein Politiker, der den Konflikt vor Ort beobachtet, erklärte, dass das grosse Problem der Autoritäten sei, dass sie die Probleme zwischen den Gemeinden auf 'westliche' Weise lösen wollen würden. “Man kann einen hundertjährigen Konflikt nicht in einem Monat Ausnahmezustand beenden”, stellte er klar. (Nómada)

Trotz Verbots des Verfassungsgerichts: Anti-CICIG-Ausschuss des Kongresses arbeitet weiter

Guatemala, 10. Okt. - Trotz des Verbotes durch das Verfassungsgericht setzt der Kongress-Untersuchungsausschuss über die Verbrechen der CICIG seine Arbeit fort. Opfer der CICIG wurden von den Mitgliedern befragt, darunter der ehemalige Bürgermeister von Antigua, Alfredo Vivar, gegen den CICIG wegen Betrugs und Veruntreuung von kommunalen Geldern ermittelt hat. Oder die Anwältin des ex-Präsidentschaftskandidaten Manuel Baldizon. Oder ein Mann, der mit Wachleuten der CICIG aneinandergeriet. Oder die Angehörigen eines Beschuldigten im Fall der Sozialversicherung IGSS und dem Verkauf unwirksamer Medikamente der Firma Pisa, der sich das Leben nahm.

Der Kongresspräsident, Alvaro Arzú Escobar (Unionista), begründete die Weiterarbeit der Kommission damit, dass “viele GuatemalteKInnen kommen [vermutlich meint er, als Opfer der CICIG, d.Red.] und wir empfangen sie, weil wir ermächtigt sind, das zu tun.” (Nómada)

Liliana Hernández: Mein Beitrag ist ein Maiskorn, Teil 1: Wie ich aufwuchs

Diesen Text von Liliana Hernández, der Kandidatin als Vizepräsidentin der Partei Winaq, hat Barbara Müller, die Herausgeberin der Fijáte! übersetzt und an die Redaktion weitergeleitet. Diese hat entschieden, den mehrseitigen Text in zwei Teile zu teilen: Teil 1 befasst sich mit der Kindheit und Politisierung der K'iche-Maya Hernández, Teil 2 mit ihren Erfahrungen im Wahlkampf als Kandidatin von Winaq für die Vizepräsidentschaft.

Im Juni 2019 wurden in Guatemala Wahlen durchgeführt. Das Land hat sich vor 198 Jahren als Staat gegründet und von Spanien unabhängig erklärt. Seither und während verschiedenen historischen Etappen hatte es von den Criollos (in Guatemala geborene Nachkommen der Spanier) eingesetzte Regierungen gegeben, welche die wirtschaftliche und militärische Elite vertraten und rassistisch, diskriminierend und ausschliessend gegen die indigene Mehrheit der Bevölkerung regierten. Viele Regierungen sind nur dank Wahlbetrug an die Macht gekommen oder durch die Verfassung verletzendende Staatsstreich. Seit 1985 wurden die Wahlen zwar demokratisch durchgeführt, aber diese Regierungen waren geprägt von Korruption. In der ganzen politischen Geschichte Guatemalas gab es noch nie eine*n indigene*n Präsident*in oder Vize-Präsident*in und es gab noch nie eine Regierung, welche die Diversität des Landes widerspiegelt oder tiefgehende strukturelle Veränderungen anstrebt hätte.

Die indigene Bewegung Guatemalas hat sich in all diesen Epochen durch verschiedene Aktivitäten und Akteur*innen kämpferisch gezeigt. Es gab Rebellionen, Proteste, Demonstrationen, Märsche und es gelang, wenn auch minimal,

(...) Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen oder auf die Institutionen, welche die Friedensabkommen gestalteten und umsetzten, die dem 36 Jahre dauernden bewaffneten Konflikt 1996 ein Ende setzten. Ein anderer Versuch der indigenen Völker, Einfluss auf die Veränderung des rassistischen, diskriminierenden, monokulturellen und patriarchalen Staat zu nehmen, war die Erschaffung eines eigenen politischen Instruments, um in Entscheidungsgremien zu gelangen. Es gab verschiedene Versuche, politische Parteien unter indigener Führung zu gründen, unter anderem vor mehr als 10 Jahren die Politische Bewegung Winaq. Im Verlauf der Jahre hat die Bewegung den Fokus und die Strategie verändert und die Partei geöffnet für Mestiz*innen und Ladin*as, die engagiert sind und sich mit den Prinzipien der Partei identifizieren.

Die indigenen Völker haben begonnen, ihre Vorschläge einzubringen, das System herauszufordern und Barrieren der Diskriminierung, des Rassismus und des Patriarchats zu durchbrechen. In diesem Kontext ist auch meine Partizipation als indigene Frau zu sehen. Ich will den Weg bereiten zu einem Wechsel von einer politisch korrupten zu einer ehrlich und demokratisch denkenden Klasse.

Ich bin eine Maya- K'iche, bin 42 Jahre alt, Mutter von drei Kindern, Verteidigerin der Menschenrechte und der Mutter Erde. Ich bin Anwältin, spezialisiert auf die Verteidigung und Umsetzung der kollektiven Rechte der indigenen Völker, wohne in der Gemeinde Cantel im Departement Quetzaltenango, dessen alter Maya-Name Xe Lajuj Nøj ist, was so viel bedeutet wie "die zehn Weisheiten". Ich bin die älteste von vier Geschwistern, meine Mutter hat mit 15 Jahren geheiratet und hat ihr Leben lang huipiles [*traditionelle, vielfarbige Blusen, d.Red.*] bestickt, eine Kunst, die sie von meiner Grossmutter erlernte. Mein Vater war Arbeiter in einer Textilfabrik und widmet sich (bis heute) dem Anpflanzen von Mais. Meinem Vater gefiel es, sich freiwillig bei Entwicklungsprojekten für die Gemeinde zu engagieren und ihn interessierte auch die Politik. In den 80er-Jahren, während der schlimmsten Zeit des bewaffneten Konflikts, war ich fünf Jahre alt. Ich sah durch das Fenster die Panzer vorbeifahren und fragte meinen Vater, was ein Guerillero sei. Mein Vater hiess mich an zu schweigen, denn wegen meiner Bemerkungen könnte man uns töten. Ich habe das nie vergessen und die Fragen wurden nie beantwortet, denn mein Vater hatte mich schon vor den Konsequenzen gewarnt, wenn ich auf diesem Thema insistierte. Ein paar Jahre später, als ich zwischen dem Maisfeld und den Kirsch- und Apfelbäumen vor unserem Haus spielte, ging ich in den Stall, wo mein Vater die Kühe hielt und sah, dass es dort Bücher, Zeitschriften und Zeitungen gab (versteckt in einem Loch im Boden). Ich begann zu lesen, erfuhr über die Geschichte des Landes und darüber, was unter der Regierung von General Ríos Montt geschah, die Erschiessungen, die Massaker und die aussergerichtlichen Hinrichtungen. In meinem jungen Verstand haben sich diese Geschichten eingebrannt und haben ein Gefühl der Empörung gegenüber der Justiz geschaffen. Später erfuhr ich, dass es verboten war, gewisse Literatur zu lesen, und man deswegen als "Guerillero" angeklagt werden und verhaftet, gefoltert oder getötet werden konnte.

Als Mädchen hörte ich auch die Geschichten meiner Grossmütter und Grossväter, die von Ungerechtigkeiten gegenüber den Indígenas handelten, von weissen Richtern, die uns betrogen und sich das Land der Indigenen unter den Nagel rissen. All das hat mich dazu bewogen, an der Universität Recht zu studieren und Anwältin zu werden. Ich wollte die Gesetze kennen und meiner Gemeinde, meinem Volk helfen. Ich wollte wissen, wie der Staat funktioniert und weshalb es so schwierig ist, auf dem Instanzenweg Anträge bei den Institutionen einzureichen und weshalb die Justiz für die Leute immer mehr in die Ferne rückte.

Deshalb arbeite ich seit 22 Jahren in Organisationen, die sich für Soziales und für die Menschenrechte einsetzen, für die Verteidigung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, mit indigenen Organisationen und Gemeinden.

(In der nächsten Ausgabe folgt Teil 2, betitelt „**Die Kandidatin der Winaq**“.)

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6